Abgeordnetenhaus BERLIN

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

65. Sitzung
14. Dezember 2020

Beginn: 14.07 Uhr
Schluss: 16.24 Uhr
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Sicherer Plan B für unsere Schulen bei Weihnachtsferien und (digitaler) Beschulung. Das Parlament muss vor Senatsbeschluss beteiligt werden.** (auf Antrag der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP)	0386 BildJugFam

Paul Fresdorf (FDP) erläutert, dass sich die Situation nach dem Entschluss, eine Sondersitzung zu beantragen, noch einmal verändert habe. Während zunächst nur für die erste Januarwoche eine schulfreie bzw. mit schulisch angeleitetem Lernen zu Hause angefüllte Zeit als Überbrückung vorgesehen gewesen sei, werde der Präsenzunterricht nun schon ab dem 16. Dezember eingestellt. Der Ausschuss könne sich in dieser Sitzung ein Bild davon machen, welcher Rahmen für die Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie die Erzieherinnen und Erzieher in Berlin gesteckt werde und wie die Schulen auf diese Zeit vorbereitet seien. Auch die Betreuungssituation in den Kindertagesstätten sollte berücksichtigt werden, Stichwort Notbetreuung.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) bittet um Verständnis dafür, wenn sie angesichts der umfangreichen Themen etwas ausführlicher berichte, wenngleich viele Aspekte bereits Gegenstand vorheriger Ausschusssitzungen gewesen seien.

Am vergangenen Abend habe der Senat im Anschluss an die Besprechung der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten eine Sondersitzung abgehalten. Noch am selben Abend seien die Schulen, Schulaufsichten und Elternvertretungen informiert worden, wie sich der Senat die nächsten Wochen vorstelle. Da die bisherigen Maßnahmen nicht den nötigen Rückgang der Infektionszahlen bewirkten hätten, sei nun der harte Lockdown beschlossen worden. Kitas und Schulen könnten dabei nicht außen vor bleiben. Das bedeute jedoch nicht, dass dort die Zahlen stiegen. Vielmehr sei in den vergangenen zwei Wochen ein gewisser Rückgang der positiven Fälle in Berlin zu verzeichnen gewesen. Um Kontakte zu reduzieren und Bewegungen im Umfeld zu vermeiden, sei es gleichwohl nötig, Schulen und Kitas mit einzubeziehen.

Sie betrachte die Schulen als gut aufgestellt, zumal durch die letzte Woche erfolgte Ankündigung der präsenzfreien ersten Januarwoche ein gewisser Vorlauf vorhanden sei. Es handele sich keineswegs um Ferien, sondern um schulisch angeleitetes Lernen zu Hause. Ab der zweiten Januarwoche werde wieder der Stufenplan angewandt. – Auch in den Ferien werde es eine Notbetreuung in den Schulen geben. Hierbei werde die im Zuge des ersten Lockdowns erarbeitete Liste der systemrelevanten Berufe zurate gezogen. Die für die erste Januarwoche geplanten und nun gleichsam vorgezogenen Maßnahmen seien bereits im Hygienebeirat erörtert worden.

Sowohl die Schulen als auch die Senatsverwaltung selbst hätten in der vergangenen Zeit viel dazugelernt und weiterentwickelt. Dazu gehöre etwa der Leitfaden „Jugendsozialarbeit unter Corona-Bedingungen“. Die Schulen stellten einzelnen Kindern bei Bedarf Lernplätze zur Verfügung, beispielsweise dann, wenn es zu Hause sehr beengte Raumverhältnisse oder familiäre Probleme gebe.

Den beruflichen Schulen werde ermöglicht, Kammerprüfungen durchzuführen. Andernfalls verlängerte sich die Ausbildung der jungen Menschen um ein halbes Jahr. Das Hauptziel inmitten der Pandemie bestehe in der Vermeidung von Nachteilen für die Kinder und Jugendlichen. Auch die allgemeinbildenden Schulen könnten bestimmte Prüfungen wie Klassenarbeiten durchführen. Hierbei komme es auf die Entscheidung der jeweiligen Lehrkraft an, die sich mit ihrem Kollegium abstimmen müsse. Sie fände es nicht gut, wenn sich alle Prüfungen im Januar ballten, was zu einer Überforderung der Schülerinnen und Schüler führte.

In Hinblick auf die Woche vom 11. bis zum 15. Januar 2021 habe sie eine Telefonschaltung mit den Amtsärzten und den Schulaufsichten durchgeführt. Die Amtsärzte hätten signalisiert, dass sie in der Lage seien, eine Stufeneinordnung für jede Schule vorzunehmen. Daher werde am ersten Donnerstag des neuen Jahres wie üblich verfahren: Die Gesundheitsämter telefonierten mit den Schulaufsichten, es folge eine Einstufung, die Schulleitungen könnten am Freitag die Eltern informieren, in welcher Form der Unterricht in der darauffolgenden Woche stattfinde. Die weiterführenden Schulen könnten ab einem Inzidenzwert von 200 auf den Hybridunterricht umsteigen. An den Grundschulen gelte, gemessen an den Zahlen des jeweiligen Bezirks, ab diesem Inzidenzwert die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung.

Zur Frage, wie die Schulen vorbereitet seien: Von zentraler Bedeutung seien die im Juni ausgesprochenen Empfehlungen und Eckpunkte zum schulisch angeleiteten Lernen zu Hause. Es sei nicht zuletzt der Wunsch des Ausschusses gewesen, klare Vorgaben zu haben. So sei es vorgesehen, dass die Lehrkräfte zweimal pro Woche Kontakt zu ihren Schülerinnen und Schülern aufnehmen sollten. – Im August habe ihre Verwaltung den Schulleitungen einen Handlungsrahmen für das Schuljahr 2020/21 zur Verfügung gestellt, der fortlaufend weiterentwickelt werde. Damit sei unter anderem der Hygienebeirat befasst. – Hinzu kämen die Fachbriefe, in die die Praktiker sehr viel Arbeit investiert hätten und die gerade im Lockdown sehr wichtig seien. – Die Broschüre „Lernen zu Hause“ richte sich eher an die Eltern. Diese sollten nicht mehr die Hauptlast tragen, wie es noch beim Homeschooling der Fall gewesen sei. – Viele Schulen hätten in Erprobungsphasen ihre erarbeiteten Konzepte und Clouds, darunter auch den Lernraum, getestet. Außerdem habe es (Online-)Fortbildungen gegeben.

Zum Themenfeld Digitalisierung: Die mehr als 50 000 Tablets würden derzeit „ausgerollt“. Zudem stünden den Schulen von SenBildJugFam angeschaffte Lernprogramme zur Verfügung. Über den Lernraum könnten Videokonferenzen stattfinden. In diesem Zusammenhang sei es zu vielen Gesprächen mit der Datenschutzbeauftragten gekommen. Geplant sei nun eine Umstellung von Webex, dessen Nutzung die Datenschutzbeauftragte ermöglicht habe, auf BigBlueButton. Eine Erprobungsphase sei bereits absolviert worden. Ziel sei es, Videokonferenzen zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen. – Die dienstliche E-Mailadresse für Lehrkräfte befinde sich in einer Erprobungsphase für alle Schularten, die unterschiedliche Anforderungen aufwiesen. Im neuen Jahr solle die E-Mailadresse nach und nach eingeführt werden.

In Bezug auf den harten Lockdown im Kitabereich sei ihre Verwaltung in enger Abstimmung mit den einschlägigen Verbänden wie Liga und DaKS. Der Regelbetrieb solle einer Notbetreuung weichen. Die Träger bzw. die Kitaleitungen würden heute und morgen das Gespräch mit den Eltern suchen. Diese mögen genau prüfen, ob die Kinder nicht zu Hause betreut werden könnten. Das Kitasystem solle auf ein Minimum heruntergefahren werden. Insbesondere Eltern mit einer Tätigkeit im Gesundheitswesen, bei der Feuerwehr oder Polizei müssten ihre Kinder betreuen lassen können. Letztlich werde damit das gesellschaftlich notwendige Leben aufrechterhalten. Ihr Abteilungsleiter Herr Schulze habe bereits am gestrigen Abend mit Vertretern der Träger telefoniert. Am Morgen habe dann eine Runde mit der Liga stattgefunden. Die genannten Institutionen teilten den Weg des Senats. Falls es zu Schwierigkeiten komme, würden weitere Gespräche mit der Liga geführt – auch darüber, ob Notbetreuungslisten verwendet werden sollten. Die 2 700 Kindertageseinrichtungen und die Senatsverwaltung verstünden sich als eine Einheit.

Paul Fresdorf (FDP) befürwortet das von der Senatorin angesprochene Vorgehen nach Bedarf bezüglich der Betreuung in den Kindertagesstätten. Es sei eine sehr kluge Entscheidung, nicht nach den Listen vorzugehen, zumal Berlin die Hauptstadt der Alleinerziehenden darstelle und das Ansteigen der Kinderschutzfälle während des ersten Lockdowns noch gut in Erinnerung sei. Insofern habe die Senatorin die volle Rückendeckung der FDP-Fraktion.

Ihn interessiere, welcher Betreuungsumfang angeboten werde. Sei es eventuell geplant, Randzeiten wegzulassen? Werde jede Einrichtung eine Notbetreuung anbieten? – Mit Blick auf die Kitafinanzierung gehe er davon aus, dass es im Nachgang nicht zu solidarischen Kürzungs-

beiträgen oder Ähnlichem kommen werde. Andernfalls bitte er um einen entsprechenden Hinweis.

Habe er die Senatorin richtig verstanden, dass ab dem 11. Januar Unterricht nach Maßgabe des Stufenplans stattfinde? – Bis wann sei mit dem Abschluss der Verteilung der digitalen Endgeräte an die Schülerinnen und Schüler zu rechnen? – Den Freien Demokraten sei es wichtig, gerade die sozial benachteiligten Familien in der digitalen Bildung mitzunehmen.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) [zugeschaltet] fragt nach, ob die Listen in den Kitas deshalb nicht zum Einsatz kämen, weil die Einrichtungen die Notbetreuung großzügiger handhaben sollten. Oder erhoffe sich der Senat dadurch weniger Kinder in den Kitas? – Vor Ort herrsche eine große Verunsicherung, wie die Regelungen gehandhabt werden sollten. Sie verweise auf die verwirrende Berichterstattung der vergangenen Tage. Anders als zunächst verlautbart, sollten die Kitas nicht grundsätzlich geöffnet bleiben. Die schwierige soziale Struktur in Berlin mache es erforderlich, den Familien großzügig zu helfen. Was könne den Kitas an die Hand gegeben werden? Und wann könne mit einer verbindlichen Rechtsgrundlage für die Liste der systemrelevanten Berufe gerechnet werden?

Wie sei die Aussage zu verstehen, dass es anders als im ersten Lockdown nicht die Hauptaufgabe der Eltern sei, ihren Kindern das Lernen zu Hause nahezubringen? – Die Senatorin habe davon gesprochen, dass die Schulen anders aufgestellt seien als im Frühjahr – inwiefern? – Außer einem Videokonferenzsystem seien kaum Unterschiede zur damaligen Situation vorhanden. 50 000 Tablets seien zwar nicht wenige, doch beträfen sie nicht die Masse der Kinder, geschweige denn die Lehrkräfte.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) bestätigt, dass in der Woche vom 11. bis zum 15. Januar der Stufenplan und gegebenenfalls die ab einem Inzidenzwert von 200 geltenden Regelungen angewandt würden.

Inwiefern seien die Schulen anders vorbereitet? – Den Schulen sei im Sommer der klare Auftrag erteilt worden, sich Konzepte zu überlegen, um ein einheitliches Vorgehen sicherzustellen und die Mängel aus dem Lockdown im Frühjahr abzustellen. Diese Konzepte seien teils nur digital oder nur analog – besonders im Grundschulbereich – oder beträfen Mischformen. Hinzu kämen die bereits erwähnten Fachbriefe und individuell von den Schulen entwickelte und in Clouds wie dem Lernraum zur Verfügung gestellte Lernmaterialien. 9 500 Tabletts seien verteilt worden, die restlichen würden derzeit bis Januar ausgereicht. Sie hoffe, dass die Firmen ihre zugesagten Liefertermine einhielten.

Die Rechtsgrundlage sei unterschiedlich. So sei eine nur auf Schulen bezogene Verordnung auf den Weg gebracht worden. Außerdem enthalte die Infektionsschutzmaßnahmenverordnung des Landes, die kürzlich geändert worden sei, Passagen zum Kitabereich.

Auf die Frage der Abg. Dr. Jasper-Winter (FDP) hin wolle sie noch einmal klarstellen, dass es darum gehe, alles herunterzufahren. Die Devise sei: weg vom Regelbetrieb hin zu einer Notversorgung! – Die Kontakte müssten minimiert werden. Der Senat rufe die Eltern auf, in sich zu gehen und zu überlegen, ob die eigenen Kinder zu Hause betreut werden könnten. Nur im Notfall sollten die Kinder in den Kitas betreut werden. Die Träger sprächen sich gegen die Listen aus, um individuelle Vereinbarungen treffen und flexible Lösungen – einschließlich

abzudeckende Randzeiten wegen Schichtbetriebs der Eltern – anbieten zu können. Im Zuge des ersten Lockdowns habe sich gezeigt, dass die Liste der systemrelevanten Berufe beständig erweitert worden sei und am Ende 70 Prozent der Kinder in den Einrichtungen betreut worden seien. Das sei nicht vereinbar mit dem beabsichtigten Herunterfahren.

Zur Schule wolle sie noch ergänzen, dass die Lehrkräfte die Schülerinnen und Schüler begleiten und zweimal die Woche Kontakt zu ihnen aufnehmen sollten. Das sei im Handlungsrahmen festgeschrieben. Es handele sich um klare Ansagen und Eckpunkte, die von den Schulleitungen bzw. den Klassen- und Fachlehrern umgesetzt würden.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) pflichtet der Senatorin bei, dass der Verzicht auf eine Liste nicht die Hoffnung auf großzügige Lösungen nähren dürfe. Andernfalls würde ein höherer Wert als 70 Prozent erreicht. Allerdings brauchten die Kitas eine Richtschnur, an der sie sich orientieren könnten. Insofern bedauere sie, dass keine Listen verwendet würden. Dies könnte angesichts zu erwartender Forderungen der Eltern zu einer Überforderung der Kitaleitungen sowie der Erzieherinnen und Erzieher führen. – Ab welchem Prozentsatz in der Kita betreuter Kinder müsste doch auf Listen zurückgegriffen werden? Was plane die Senatsverwaltung, um die einzelnen Einrichtungen mit Argumentationsmaterial auszurüsten?

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) fragt, warum im Hort anders verfahren werde als in der Kita. Während im Hort Listen zum Einsatz kämen, die auch Alleinerziehende berücksichtigten, herrsche in den Kitas ein freieres System vor. Dabei bestehe in beiden Fällen ein Bedarf an Betreuung.

Auf welche Weise werde der Kinderschutz gewährleistet? Seien die regionalen sozialpädagogischen Dienste nun besser mit Handys und Laptops ausgestattet?

Wie sehe die längerfristige Perspektive aus? Sollten alle anderen Bundesländer beschließen, dass im Falle eines verlängerten harten Lockdowns die Schulen geschlossen blieben, werde Berlin das auch tun?

Verglichen mit dem Lockdown vom Frühjahr sei die Lage der Schulen nun günstiger, zumal sich unter anderem die technische Ausstattung gebessert habe. Unabhängig davon würden nach wie vor die Eltern – insbesondere von Grundschulkindern – die Hauptlast tragen. Das konkrete Anleiten übernähmen sie. Aus ihrer Sicht müsste den Eltern die in Broschüren von SenBildJugFam enthaltene Aussage, den Leistungsdruck nicht so aufrechtzuerhalten wie in der Schule, noch einmal eingeschärft werden. Das diene nicht zuletzt dem Kinderschutz.

Dirk Stettner (CDU) unterstreicht einleitend die Wichtigkeit, dass der Fachausschuss berate. Er bedauere, dass die Sondersitzung von der Opposition habe erzwungen werden müssen und nicht von allen Fraktionen als selbstverständlich angesehen worden sei.

Er schließe sich der Bitte an die Senatsverwaltung an, die Unterschiede bei der Betreuung von Kindern in Kita und Hort zu erläutern. Für die Eltern müsse klar sein, in welchem Fall sie einen Anspruch auf Betreuung hätten.

Müssten die Kitaträger Rückstellungen bilden? Sei sichergestellt, dass die Finanzierung nicht geändert werde? Gebe es feste Absprachen zum Betreuungsurlaub?

Schreiben der Senatsverwaltung sähen vor, dass Zeugnisse übergeben werden könnten. Inwiefern sei das nötig? Könnten die Dokumente nicht digital versandt werden, um Kontakte zu vermeiden? – Ferner spreche SenBildJugFam von unverhältnismäßigen Belastungen der Schülerinnen und Schüler, die verhindert werden sollten. Was verstehe die Senatsverwaltung darunter?

Wer kontrolliere, dass sich die Lehrkräfte zweimal pro Woche bei ihren Schülern meldeten? Wie funktioniere das genau? – Die technische Ausstattung der Schulen habe sich kaum bis gar nicht geändert. SenBildJugFam spreche diesbezüglich immer wieder von Bemühungen, was bedeute, dass noch nichts vorhanden sei.

Die Bereithaltung von Räumlichkeiten für Kinder, deren Wohl in Gefahr stehe, sei eine sinnvolle Maßnahme. Aber wie nehme die Lehrkraft solche Fälle überhaupt wahr? Seien in dieser Hinsicht Notstichworte oder Ähnliches vereinbart?

Mit Blick auf die Zukunft sei nicht davon auszugehen, dass am 11. Januar wieder der Regelbetrieb einsetze. Es sei vielmehr wahrscheinlich, dass es mindestens bis Ende Januar keinen Regelpräsenzbetrieb an den Schulen geben werde. Wie gestalte sich der Stand der Vorbereitungen für diese Zeit? – Die mobilen Teststationen böten nach seiner Information eine Kapazität von 1 600 Testungen. Wann sei mit einer wesentlichen Ausweitung zu rechnen, sodass an Schulen schnell und umfassend getestet werden könne? – Bis die Breitbandanbindung vollendet sei, vergingen noch vier Jahre, wie der aktuelle Bericht an den Hauptausschuss besage. Wann werde die Ausschreibung vorgenommen? Warum würden die Schulen nicht über LTE oder Funk angeschlossen, um digitale Lerninhalte anbieten zu können? Wann gebe die Senatsverwaltung eine Positivliste für edukative Applikationen heraus? Wie sei der Stand hinsichtlich der Bestellung von Luftfilteranlagen für alle Klassenräume?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) teilt mit, dass sowohl die Ministerpräsidentenkonferenz als auch der Senat im neuen Jahr zusammenkommen würden, um über die Zeit ab dem 11. Januar zu beraten. Sie und die übrigen Kultusminister hielten weiterhin am Regelunterricht fest. Jedes Bundesland verfüge über seinen eigenen Stufenplan. Bei etwaigen Lockerungen dürften die Schulen nicht etwa gegenüber dem Einzelhandel zurückstehen. Alle Schritte seien mit der Bundesebene abzustimmen.

Sie betrachte die Schulen als vorbereitet und wolle nicht noch einmal das bereits Gesagte wiederholen. Anders als kritische Äußerungen glauben machen wollten, sei etwa die Technik für Videokonferenzen in Form von Webex vorhanden. Auch die Tablets seien größtenteils vorhanden. In diesem Kontext verweise sie auf die Notwendigkeit von Ausschreibungen. Mit Stand dieser Woche seien 25 000 Tablets ausgereicht worden. Sie verfüge über genaue Auflistungen der einzelnen Firmen, was wann wie geliefert werde. So erfolge die erste Lieferung von 2 646 Surface-Tablets bis zum 15. Dezember; die restlichen 5 Prozent dieser Sorte folgten im Januar. Hinzu kämen 16 604 Samsung-Tablets bis zum 17. Dezember. Außerdem sollten 5 000 iPads ebenso bis zum 17. Dezember zur Verfügung stehen. – Das sei sehr konkret. Etwaige Lieferschwierigkeiten seien kein nur auf Berlin bezogenes, sondern ein weltweites Problem. Ihre Verwaltung setze aber alles daran, die insgesamt über 50 000 Tablets so schnell wie möglich an die Schülerinnen und Schüler zu verteilen; die letzten Geräte seien für Anfang Januar vorgesehen.

Das Vorgehen hinsichtlich der Kitas sei mit den Trägern abgestimmt. Es werde wieder ein Meldeverfahren geben, um einen Überblick darüber zu erhalten, wie viel Prozent der Kinder in den Einrichtungen betreut würden. Die Entwicklung werde beobachtet; bei Bedarf reagiere ihre Verwaltung. Gegebenenfalls müsse auf die Notbetreuungsliste zurückgegriffen werden. Mögliche Beschwerden von Eltern bei der Kitaaufsicht behalte sie ebenso im Blick.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) lenkt die Aufmerksamkeit auf den Lernraum als datenschutzkonformes Lernmanagementsystem. Während im März noch nicht einmal 500 Accounts bestanden hätten, seien es nun 108 000. Das zeige, dass der Lernraum genutzt werde. Darüber hinaus liege es in der Freiheit der Schulen, andere Lernmanagementsysteme wir die HPI-Schul-Cloud zu nutzen. Gemeinsam mit der Datenschutzbeauftragten werde ihre Verwaltung eine Positivliste zusammenstellen. So müsse ausgeschlossen werden, dass Server nicht in Europa stünden.

In den Qualifikationsphasen 1 und 3 ende das Kurshalbjahr, was die Wichtigkeit einer Zeugnisausgabe begründe.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner bittet um eine genauere Antwort. Die Frage habe gelautet, warum die Zeugnisse nicht digital ausgegeben würden.

Thomas Duveneck (SenBildJugFam) erklärt, dass einfache Ausdrucke kein hinreichendes Zeugnis darstellten. Es handele sich insgesamt um ein komplexes Verfahren, etwa was die Zeugnisvorlagen angehe. – Mit Schreiben vom 6. Dezember sei der Termin auch auf den 13. Januar festgesetzt worden. Die Schulen richteten sich aber darauf ein, die bisher kommunizierten Termine, den 18. Dezember und den 3. Januar, ebenso zu nutzen. In Hinblick auf einen möglichen Präsenzbetrieb ab dem 11. Januar erschiene es fahrlässig, diesen mit Zeugnisausgaben zu belasten.

Thorsten Weiß (AfD) nimmt Bezug auf die ausführliche Anhörung im Hauptausschuss, in der der Vertreter der Schülerschaft mit Blick auf den digitalen Unterricht geschildert habe, dass viele Ideen zwar im Grundsatz gut seien, es aber an der praktischen Umsetzung hapere. – Wann werde die Umstellung auf das neue Programm, das in Abstimmung mit der Datenschutzbeauftragten eine finale Lösung von Datenschutzproblemen bringen solle, flächendeckend abgeschlossen sein? Wie sehe der diesbezügliche Zeitplan aus?

Wie sei es um die Qualifikation der Lehrkräfte im Digitalen bestellt? – Der AfD-Fraktion sei berichtet worden, dass besonders die ältere Generation der Lehrkräfte nicht in der Lage oder gar unwillig sei, sich damit zu beschäftigen.

Mit welchem Zeitplan arbeite SenBildJugFam hinsichtlich der E-Mailadressen für Lehrkräfte? Wann sei mit einer vollständigen Umsetzung zu rechnen?

Ferner werfe er die Frage der Belastung der Eltern durch die Betreuung von Kita- und Schulkindern zu Hause auf. Welche Lösungsansätze für eine Entlastung der Eltern verfolge der Senat?

Regina Kittler (LINKE) erkundigt sich, ob es möglich sei, dass die Kinder das Schulessen vor Ort abholten. Würden dazu Gespräche mit den Caterern geführt?

Stünden genügend IT-Fachleute zur Verfügung, um die Tablets einzurichten? Wie seien die Übergabe an die Kinder und deren Einarbeitung an den neuen Geräten geplant? – Sie rege an, den Auslieferungsplan dem Ausschuss schriftlich zukommen zu lassen.

Zum Ganztag: Rückmeldungen von Erzieherinnen und Erziehern zeigten, dass dort ein relativ hoher Krankenstand vorherrsche. Hinzu komme eine Überforderung, zumal die Fachkräfte den Frühdienst, die Tages- und Notbetreuung in der Schule und den Spätdienst abdecken sollten. Könnten Früh- und Spätdienst eingeschränkt werden? Inwiefern würden die Lehrkräfte in die Ganztagsbetreuung, in die Notbetreuung mit einbezogen?

Inwiefern setze sich der Senat im Bund für einen Erstattungsanspruch für Eltern ein, wenn der Urlaub aufgebraucht sei?

Sie werfe die Frage auf, ob es nicht ratsam erscheine, den Schulen ab dem 11. Januar die autonome Entscheidung über den Einstieg in Wechselmodelle zu überlassen. Sie bitte darum, diese Möglichkeit zu prüfen. Des Weiteren mahne sie die Aufhebung der Gruppenmischung in der ergänzenden Förderung und Betreuung sowie im Unterricht auch in der Sekundarstufe II an.

Laut der von der Senatsverwaltung am 13. Dezember herausgegebenen Presseerklärung könnten bereits angesetzte Klassenarbeiten und Klausuren trotz Lockdown in der Schule geschrieben werden. Wie passe das mit der angekündigten Entfernung von Leistungsdruck zusammen? Die Lehrkräfte seien aus ihrer Sicht in der Lage, das Leistungsvermögen ihrer Schülerinnen und Schüler auch ohne Prüfungen in dieser Woche einzuschätzen.

Dr. Maja Lasić (SPD) wendet ein, dass im Bereich der beruflichen Bildung Kammerprüfungen anstünden, die für das weitere Vorankommen der Auszubildenden entscheidend seien. Auch Schülerinnen und Schüler in der beruflichen Bildung und in den Qualifikationsphasen 1 und 3 würden Nachteile erleiden. Sie traue den Lehrkräften die Entscheidung zu, ob eine Prüfung notwendig sei oder ob darauf verzichtet werden könne.

Zum Vorgehen ab dem 11. Januar vertrete sie ebenso eine von ihrer Vorrednerin abweichende Auffassung. Je härter der Lockdown jetzt sei, desto besser könne danach zum bewährten Stufenplan, der weitgehenden Präsenzunterricht sicherstelle, zurückgekehrt werden. Die Erfahrung habe gezeigt, dass diese Unterrichtsform für die meisten Schülerinnen und Schüler am geeignetsten sei.

Zu den Fragen im Bereich Schule: Welche Regelung gelte hinsichtlich der Systemrelevanz? Würde etwa die Einelternregelung auch dann gelten, wenn das zweite Elternteil in Teilzeit tätig sei? Wie werde mit Alleinerziehenden verfahren? Gölten die Bestimmungen bis einschließlich 10. Januar? – Klare Kriterien seien positiv zu bewerten. Im Kitabereich fehle diese Klarheit. Sie bitte darum, spätestens Anfang Januar die bereits zugesagte Überprüfung vorzunehmen.

Das Abgeordnetenhaus habe mit dem Nachtragshaushalt 60 Millionen Euro für Elternhilfen bereitgestellt. Wie weit seien die Planungen der Maßnahmen für die Familien gediehen?

Mario Czaja (CDU) knüpft an die Frage der Abg. Kittler (LINKE) nach der Einarbeitung an den Tablets an. Es seien zwar schon Tablets angekommen, aber ohne die entsprechende Einarbeitung. – Wie sehe es aus mit Datenverträgen für die Kinder?

Wie werde überprüft, dass die Lehrkräfte tatsächlich zweimal pro Woche mit ihren Schülern in Kontakt träten? Sei das anhand der Accounts sichtbar? Wisse die Schulleitung darüber Bescheid? Oder handele es sich lediglich um eine Kann-Vorschrift?

Warum werde Webex von Cisco durch BigBlueButton ersetzt? Sei Ersteres nicht datenschutzkonform? – Webex habe angekündigt, einen Server in Deutschland bereitzuhalten.

Mit Blick auf die Kitas treibe ihn die Sorge um, dass sich das Recht des Stärkeren und Lauteren durchsetze. Viele Eltern wüssten nicht, ob sie ihr Kind in der Kita abgeben könnten oder nicht. Seiner Einschätzung zufolge kämen letztlich nicht diejenigen zum Zuge, die es nötig hätten. Insofern seien klare Regeln erforderlich – nicht zuletzt deshalb, um es gegenüber den Arbeitgebern formulieren zu können. In dieser Hinsicht verweise er auf die Ausführungen der Abg. Burkert-Eulitz (GRÜNE). Im Übrigen unterstreiche er die bereits von der Abg. Dr. Jasper-Winter (FDP) gestellte Frage, ob sich der Senat mit den Maßnahmen mehr oder weniger Kinder in den Einrichtungen erhoffe. Wenn er die Senatorin richtig verstanden habe, seien es sehr viel weniger Kinder in den Kitas. Dies machte klare Regelungen umso notwendiger.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) protestiert gegen eine Altersdiskriminierung von Lehrkräften. Mitnichten sei es so, dass ältere Lehrkräfte sich nicht mit digitalen Lösungen auseinandersetzen würden oder nicht kreativ mit den vorhandenen Angeboten umgehen könnten. Mögliche schlechte Erfahrungen hätten nichts mit dem Alter der Person zu tun.

Der Klarstellung halber betone sie, dass der Lernraum berlinweit nutzbar sei: für alle Schulen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler. Die Lehrkräfte würden mittels Onlinefortbildungen und Telefonsprechstunden auf die Nutzung des Lernmanagementsystems vorbereitet.

Das zur Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit übergangsweise genutzte System Webex werde von der Datenschutzbeauftragten zwar geduldet, es sei ihrem Urteil nach aber nicht vollständig datenschutzkonform. Auch aus diesem Grund und auf Anregung der Datenschutzbeauftragten sei BigBlueButton an Schulen getestet worden und stehe ab dieser Woche zur Verfügung. Damit werde wieder vollständig datenschutzkonform gearbeitet.

Mehrere Schulen arbeiteten bereits in einem Pilotprojekt zur Einführung der E-Mailadresse für Lehrkräfte mit. Nach dem Jahreswechsel solle das Ganze sukzessive auf alle Schulen ausgeweitet werden.

Die noch ausstehenden 17 360 Endgeräte für Schülerinnen und Schüler würden im Januar verteilt. Der von der Abg. Kittler (LINKE) geäußerten Bitte nach einer schriftlichen Auflistung komme sie gerne nach. Die Tablets seien bereits vorkonfiguriert und könnten nach Her-

stellung der Verbindung zum Internet via WLAN oder Internetkarte unmittelbar genutzt werden.

Für die Notbetreuung würden alle personellen Ressourcen der Berliner Schule, nicht nur die Erzieherinnen und Erzieher, betrachtet und eingesetzt. Diese Maßgabe sei den Schulen deutlich gemacht worden.

Das Schulmittagessen werde im Fall der Notbetreuung ausgereicht. Die Bezirksämter als Schulträger könnten mit den Caterern eigene Verfahren entwickeln, die eine Abholung des Essens ermöglichten. Ihre Verwaltung würde das vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation der Caterer begrüßen. Dabei müsse beachtet werden, dass die Stadt insgesamt heruntergefahren werden solle.

Für Berlin und die übrigen Länder sei der Präsenzunterricht das erste Mittel der Wahl. Der bundesweit anerkannte Berliner Stufenplan solle ab 11. Januar wieder zum Tragen kommen. Gleichwohl handele es sich um ein Fahren auf Sicht; das Infektionsgeschehen in der ersten Januarwoche müsse genau betrachtet werden.

Dass Klassenarbeiten geschrieben werden könnten, gehe auf den ausdrücklichen Wunsch der Schulen zurück, um keinen Stau an Prüfungen zu produzieren. Dabei müsse der Abstand von 1,5 Metern auf jeden Fall gewahrt werden. Klassenarbeiten dienten nicht zuletzt dem Ziel, den Schülern Klarheit darüber zu verschaffen, wo sie stünden. Neben angesetzten Arbeiten gehe es auch um die Gewährleistung von Nachschreibeterminen für aufgrund von Quarantänemaßnahmen ausgefallene Klausuren. Zugleich teile sie die Ansicht, dass Lehrkräfte in der Lage seien, ihre Schülerinnen und Schüler einzuschätzen.

Die Liste der systemrelevanten Berufe für die Schulen sei identisch mit derjenigen, die zuletzt angewandt worden sei. Demnach gehörten Alleinerziehende zum Kreis der Berechtigten.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) ergänzt, dass beim Kinderschutz die üblichen Regelungen um Weihnachten herum gölten. Der Zugang zum Berliner Notdienst Kinderschutz sei weiterhin gewährleistet. Viele Kitas würden in dieser Zeit ohnehin schließen.

Mit dem Wechsel vom Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen zu einer Notversorgung in den Kindertageseinrichtungen seien alle Eltern aufgefordert, darüber nachzudenken, welche Betreuung vom 16. Dezember bis zum 10. Januar wirklich benötigt werde, was also außerordentliche, dringliche Bedarfe seien. Das könne nicht allein am Kriterium der Systemrelevanz festgemacht werden. Der genannte Zeitraum enthalte einige arbeitsfreie Tage. Mittels eines Träger- und eines Elternschreibens, das ausgehängt werden könne, vom heutigen Tage fordere ihre Verwaltung dazu auf, jetzt das Gespräch in den Kitas zu suchen. Die Erfahrungen aus dem ersten Lockdown im Frühjahr zeigten, dass damals nicht alles richtig erfasst worden sei, was die Belastung von Familien ausmache. In diesem Kontext könnten auch Teilentlastungen – etwa ein oder zwei Tage – helfen. Das wolle SenBildJugFam gewährleisten. Auf Grundlage der Gespräche in den Kitas könnten die Öffnungszeiten individuell gestaltet werden.

Der von der Abg. Kittler (LINKE) angesprochene Erstattungsanspruch für die Eltern sei ein wesentlicher Punkt. Berlin setze sich dafür ein, dass dieser Anspruch auf Bundesebene geschaffen werde. – Die von der Opposition ins Spiel gebrachten Finanzierungsfragen seien

unter dem Blickwinkel zu betrachten, dass es in Kitas keine Schließzeiten, sondern eine Notversorgung gebe. Ein solches Vorgehen werde auch der Vielfalt und Kleinteiligkeit der Berliner Kitalandschaft gerecht.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) erkundigt sich, ob tatsächlich geplant sei, dass Schülerinnen und Schüler mithilfe von Codewörtern gegenüber den Lehrkräften auf Gewaltvorfälle zu Hause aufmerksam machen sollten. Sie hielte davon nichts.

Dirk Stettner (CDU) nimmt Bezug auf die Äußerungen seiner Vorrednerin. Er habe von diesem Gedanken in den sozialen Medien gelesen und wolle ebenfalls wissen, ob das zutreffe.

Auch die CDU-Fraktion erachte den Präsenzunterricht als am besten geeignete Unterrichtsform, wisse aber auch, dass er bei bestimmten Infektionslagen nicht aufrechterhalten werden könne.

Einige seiner Fragen seien nicht beantwortet worden. Die Antwort zu den Zeugnisausgaben habe er nicht verstanden. Es erschließe sich ihm nicht, warum in Zeiten der Kontaktvermeidung solche Bewegung hervorgerufen werden solle. Daher bitte er um nochmalige Erklärung.

Er halte noch einmal fest, dass der Lernraum Berlin aufgrund der datenschutzrechtlichen Mängel von Webex nicht DSGVO-konform sei. Bis zur Einführung von BigBlueButton bleibe der Lernraum nicht datenschutzgerecht. Für die Nutzung des Lernraums sei aber auch der Zugang zum Internet erforderlich, insbesondere im Falle von Wechselunterricht. Warum werde nicht übergangsweise, bis es Fortschritte bei der Breitbandanbindung gebe, auf Internet über Funk zurückgegriffen?

Was sei mit den 150 000 Schülerinnen und Schülern an den Oberschulen, die nach jetzigem Stand keine digitalen Endgeräte erhielten?

Die Antwort auf die Frage nach den Luftfilteranlagen sei bisher nicht erfolgt. Wann würden alle Schulklassen mit solchen Anlagen ausgerüstet sein? Oder sei das gar nicht geplant – wenn ja, warum? – Auch die Frage nach der Ausweitung des Kontingents an Schnelltests harre ihrer Beantwortung. Selbiges treffe auch auf den Komplex Rückstellungen, Finanzierung, Betreuungsurlaub bei Kitaträgern sowie auf die Frage nach den Kontrollmöglichkeiten der regelmäßigen Kontaktaufnahme der Lehrkräfte mit den Schülerinnen und Schülern zu.

Mario Czaja (CDU) wendet sich mit der Frage an Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam), ob das erwähnte Trägerschreiber auch an die Tagesmütter und -väter gehe.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) bestätigt das durch Kopfnicken.

Mario Czaja (CDU) macht ferner auf Widersprüche in der Darstellung der bereitgestellten Endgeräte aufmerksam. Während mit Blick auf April noch die Rede von 9 500 Geräten gewesen sei, heiße es in der Antwort auf seine Anfrage vom 2. November, dass alle 5 937 bereits in den Schulen befindlichen Geräte in ein zentrales Mobile-Device-Management eingebunden seien. Außerdem enthalte die Antwort auf die Anfrage die Aussage, dass die Ausschreibung für die 43 000 Geräte zu dem Zeitpunkt versandt gewesen sei. – Welche der beiden Angaben bezüglich der zur Verfügung stehenden Geräte treffe zu?

Er wiederhole zudem die Frage, wie gewährleistet werde, dass die Lehrkräfte tatsächlich zweimal pro Woche in Kontakt zu den Kindern träten, und zwar individuell. Wohin könnten sich Eltern wenden, wenn dies unterbliebe?

Paul Fresdorf (FDP) spricht sich dagegen aus, das Schulmittagessen vor Ort auszureichen, da die dafür nötigen Bewegungen dem Lockdown zuwiderliefen. Er bitte den Senat um Stellungnahme dazu.

Werde die Zeit ohne Präsenzunterricht dafür genutzt, dass Instandhaltungsteams etwa nicht zu öffnende Fenster wiederherstellten? – Des Weiteren interessiere seine Fraktion die Frage der Raumluftfilter. Welches Vorgehen sei in dieser Hinsicht geplant?

Unter dem kreativen Begriff Notversorgung könne sich niemand etwas Genaues vorstellen. Die Kitaträger benötigten eine Rechtsgrundlage, um den Betreuungsvertrag gegenüber den Eltern einzuschränken. Er bitte um eine Stellungnahme dazu. – Sei der für die Kitas vorgesehene Aushang mehrsprachig verfasst?

Regina Kittler (LINKE) stellt heraus, dass ihre Fraktion in Hinblick auf das Schulessen einen anderen Ansatz verfolge. Gerade in Brennpunktgebieten gebe es viele arme Kinder, deren Eltern nicht willens oder aus verschiedensten Gründen nicht in der Lage seien, Mittagessen zuzubereiten. Für sie – Rednerin – zählten die Kinder. Zudem würden nur in sehr begrenztem Umfang Wege anfallen, insbesondere mit Blick auf die Grundschule, wo das Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ gelte. Sie bitte den Senat darum, das nicht nur als wünschenswert zu bezeichnen, sondern sich auch an die Bezirke zu wenden, damit diese es gemeinsam mit den Schulen ermöglichten.

Werde hinsichtlich der Rückkehr zum Regelunterricht die Möglichkeit einer Massentestung aller Beschäftigten sowie der Schülerinnen und Schüler erwogen? – Das wäre zwar sehr aufwendig, böte aber einen guten Überblick und trüge zur Beruhigung bei.

Eine von Lehrkräften an sie gestellte Frage laute, ob es richtig sei, dass die Schulleitungen entschieden, welche Lehrkräfte in der Schule zu erscheinen hätten und welche von zu Hause aus arbeiteten. – Die Schulen seien bekanntermaßen größtenteils nicht mit Breitband versorgt, die Lehrkräfte zu Hause in der Regel schon.

Sei geplant, mit dem Übergang zum dann noch eingeschränkten Regelunterricht vermehrt außerschulische Lernorte zu nutzen? Stimme sich SenBildJugFam hierbei mit SenKultEuropa ab?

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) teilt mit, dass ihr die Problematik der Codewörter noch nicht zu Ohren gekommen sei, sie aber nachfragen werde.

In Bezug auf den Lernraum wolle sie noch einmal sagen, dass diese Plattform weiterentwickelt worden sei. Insofern sei die Einschätzung der Datenschutzbeauftragten auch eine andere als vor einem halben Jahr. Der Lernraum sei datenschutzkonform. Die Beauftragte dulde die Nutzung von Webex – in dem Bewusstsein, dass SenBildJugFam ihrer Empfehlung folge und BigBlueButton entwickele.

Die Nutzung von Internet über Funk widerspreche des IKT-Architektur des Landes Berlin. Genauere Erläuterungen werde Frau Tempelhoff (SenBildJugFam) vornehmen.

Mehr digitale Endgeräte zu haben, wäre in der Tat wünschenswert. Es stehe aber nur ein bestimmtes Budget aus dem Sofortausstattungsprogramm des Bundes zur Verfügung, zu dem Berlin einen Landesanteil beigesteuert habe. – Die vom Abg. Czaja (CDU) genannten Zahlen bezögen sich auf Geräte, die genutzt würden, und auf solche, die in den Schulen gewesen seien. Auch dazu werde Frau Tempelhoff (SenBildJugFam) ergänzend Stellung nehmen.

Bei der regelmäßigen Kontaktaufnahme durch die Lehrkräfte handele es sich um eine Dienstanweisung an alle Schulen. Es sei die Steuerungsaufgabe der Berliner Schulaufsichten, nachzuhalten und nachzuforschen. Falls Eltern feststellten, dass der Pflicht zur Kontaktaufnahme nicht nachgekommen werde, sollten sie sich entweder an die Schulleitung, an ein SIBUZ oder an die Schulaufsicht selbst wenden.

In Hinblick auf die Zeugnisse bitte sie Herrn Duveneck, seine Aussagen zu wiederholen. Es sei im Übrigen der ausdrückliche Wunsch der Eltern gewesen, eine Zeugnisausgabe zu ermöglichen.

Zur Teststrategie: Die seit Juni bestehenden freiwilligen und kostenlosen Testmöglichkeiten für symptomfreie Beschäftigte der Kitas und Schulen an den bekannten Orten, die seit Mitte Juli auch von in der stationären Kinder- und Jugendhilfe Tätigen in Anspruch genommen werden könnten, würden nun durch mobile Teststellen ergänzt. SenBildJugFam und SenGPG stellten gemeinschaftlich acht Busse samt Personal zur Verfügung, das die pro Tag möglichen 1 600 Testungen montags bis freitags jeweils von 10 bis 19 Uhr vornehme. Das Angebot richte sich an alle Dienstkräfte der Kategorie 1; getestet würden auch symptomfreie Dienstkräfte, die dies ausdrücklich wünschten. Sie unterstreiche, dass die Testungen freiwillig seien. – In Bezug auf die Schnelltests würden weitere Maßnahmen auf den Weg gebracht, die eventuell die eigenständige Anwendung – also nicht nur durch medizinisches Fachpersonal – solcher Tests mit einschlössen.

Für die Beschaffung der thematisierten Luftreinigungsgeräte habe der Senat 4,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Beschaffung sei bis auf die beruflichen und die zentral verwalteten Schulen allerdings Aufgabe der Bezirke. Letztlich hänge die Anzahl der Geräte vom Preis ab. Hier existiere ein breites Spektrum, das von 700 bis 3 000 Euro reiche. Insgesamt könnten 2 500 Geräte angeschafft werden. Die Lieferung sei für den 18. Dezember angekündigt.

Außerschulische Lernangebote würden genutzt, wenn diese wieder bestünden und die entsprechenden Hygienekonzepte das erlaubten; momentan sei dies jedoch nicht möglich.

Anja Tempelhoff (SenBildJugFam) kommt auf den vom Abg. Czaja (CDU) beschriebenen Widerspruch bei der Anzahl der digitalen Endgeräte zu sprechen. 9 500 iPads seien bis zum Sommer ausgeliefert worden, vorkonfiguriert und in ein Mobile-Device-Management eingebunden. Gegenstand der Schriftlichen Anfrage sei gewesen, wie viele der Geräte im Einsatz seien; das betreffe die von dem Abgeordneten genannte Zahl. Die Differenz erkläre sich damit, dass die übrigen Geräte zu dem Zeitpunkt noch nicht an die Schülerinnen und Schüler

ausgehändigt und insofern noch nicht im Mobile-Device-Management angemeldet worden seien. Dies habe eine Nachfrage bei den Schulen ergeben. Viele von ihnen hätten es so verstanden, dass die Geräte ausschließlich für das Lernen zu Hause im Falle eines Lockdowns vorgesehen seien. Unter Hinzuziehung der IT-Regionalbetreuer seien die noch fehlenden Geräte in das Mobile-Device-Management aufgenommen worden. Zu den 9 500 den Schulen zur Verfügung stehenden Geräten kämen bis Januar noch die anderen bestellten Geräte hinzu.

Der Anschluss der Schulen an das Internet zähle zu den äußeren Angelegenheiten der Schulen und begründe eine Zuständigkeit der Bezirke. Viele derselben hätten bereits nach Beratung durch SenBildJugFam die möglichen Internetverbindungen erhöht. Ferner werde die Ausschreibung der Breitbandanbindung gemeinsam mit dem ITDZ in Angriff genommen. Eine Verbindung mit dem Internet über Funk passe nicht in die IKT-Architektur des Landes Berlin. Außerdem sei mittelfristig eine Migration des Bereichs in das ITDZ geplant.

Thomas Duveneck (SenBildJugFam) weist erneut darauf hin, dass von den möglichen Zeugnisausgaben nur die Schüler in der Kursphase der gymnasialen Oberstufe betroffen seien. Seine Verwaltung habe den Schulen die Möglichkeit eröffnet, die Zeugnisse erst am 13. Januar zu erteilen. Allerdings sei den Schulen nicht verboten worden, die Zeugnisse an den schon lange feststehenden Terminen – dem 18. Dezember bzw. 3. Januar – auszugeben. Den Bitten der Schulen um eine zeitversetzte Einbestellungsmöglichkeit der Schülerinnen und Schüler zwecks Zeugnisübergabe zu den früheren Terminen sei die Senatsverwaltung nachgekommen.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner fragt nach, ob eine digitale Versendung möglich sei. Schulleiter hätten ihr berichtet, dass SenBildJugFam dies untersage.

Thomas Duveneck (SenBildJugFam) bestätigt, dass seine Verwaltung das prinzipiell nicht erlaube. In der aktuellen Notsituation könne darüber nachgedacht werden, ob man es ausnahmsweise zulasse und im Nachgang das gedruckte Zeugnis mit Prägung aushändige. Er sage eine Prüfung zu.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) nimmt Stellung zu der Frage nach den Rechtsgrundlagen. Für die Senatssitzung am Folgetag sei die Einfügung eines Passus in § 13 der Infektionsschutzmaßnahmenverordnung vorgesehen, in dem es heiße, dass Eltern mit Kindern in Kindertagesförderung aufgefordert seien, so weit wie möglich die Betreuung „anderweitig“ zu organisieren und „nur in unbedingt notwendigen Fällen“ die Betreuung in Anspruch zu nehmen, um die Kontakte auch in diesem Bereich zu reduzieren. – Der Elternbrief werde auch in sieben bis acht andere Sprachen übersetzt. – Das Schreiben an die Einrichtungen der Tagespflege gehe am morgigen Tag heraus; die Regelungen seien im Kern dieselben. – Die Ausweitung der Schnelltestkapazitäten diene nicht zuletzt der Sicherung der Fachkräftelage.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) korrigiert ihre Aussage, dass die Luftreinigungsgeräte bis zum 18. Dezember ausgeliefert würden. In Wirklichkeit sei das im Laufe des Januar der Fall.

Mario Czaja (CDU) erkundigt sich nach der Einschätzung der Senatsverwaltung, wie viele Personen das Angebot der mobilen Teststellen voraussichtlich nutzten.

Dirk Stettner (CDU) fragt, ob SenBildJugFam die 1 600 Testungen an den mobilen Teststellen für mehr als 33 000 Lehrkräfte und 370 000 Schülerinnen und Schüler für ausreichend erachte.

Habe er es richtig verstanden, dass eine übergangsweise Nutzung von Funk deshalb nicht infrage komme sei, weil die Bezirke zuständig seien und Internet über Funk nicht in die IT-Architektur des Landes passe? Oder gebe es weitere Gründe? – In diesem Kontext rufe er in Erinnerung, dass es etwa vier Jahre dauere, bis die Schulen über Kabel angeschlossen seien.

Treffe es zu, dass der Senat nicht bereit sei, weitere Mittel zu investieren, um einen jeden Klassenraum mit Luftfilteranlagen auszustatten? Oder lägen andere Gründe dafür vor?

Regina Kittler (LINKE) macht darauf aufmerksam, dass es sich bei dem Papier der Halbjahreszeugnisse um ganz normales Papier handele, das anders als Abschlusszeugnisse keine Prägung aufweise. Entscheidend seien vielmehr die zwei Originalunterschriften von Lehrkraft und Schulleitung sowie der Originalstempel. Sie spreche sich dagegen aus, solche Zeugnisse einzuscannen und zu verschicken.

Im Übrigen erinnere sie an ihre Frage, ob die jeweilige Schulleitung darüber entscheide, welche Lehrkräfte vor Ort in der Schule und welche von zu Hause aus arbeiten sollten.

Paul Fresdorf (FDP) erneuert seine Frage nach den Instandhaltungsteams an Schulen. – Zudem spreche er sich für die Nutzung von Richtfunk als Brückentechnologie aus, bis die allgemeinbildenden Schulen an das Breitbandnetz angeschlossen seien. Sei nicht ein temporäres Abweichen von der IT-Struktur des Landes im Interesse der Sache möglich?

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) erklärt, es sei ihr nicht möglich, eine Einschätzung zur Nutzung der zusätzlichen Testmöglichkeit an den mobilen Stationen zu geben. Die acht dafür zur Verfügung stehenden Busse würden nach einem bestimmten System an Schulen eingesetzt: Die Auswahl der Testorte erfolge auf Grundlage der von den Schulen täglich den Schulaufsichten gemeldeten Informationen. Die Priorisierung richte sich danach, wo die meisten positiv getesteten Lehrkräfte vorhanden seien. Ziel sei es, weitere infizierte, aber bislang symptomfreie Dienstkräfte zu identifizieren und sie in häusliche Isolation zu übergeben. – In der nächsten Ausschusssitzung werde sie darüber berichten, wie viele Testungen vorgenommen worden seien.

Wenn es nach ihr ginge, würden ebenfalls mehr Luftreinigungsgeräte angeschafft. Gleichwohl markierten die beschlossenen 4,5 Millionen Euro einen sehr großen Schritt, zumal im Grundsatz die Bezirke dafür zuständig seien. – In Hinblick auf die so bezeichneten Instandhaltungsteams gehe sie davon aus, dass inzwischen jeder Schulträger genau wisse, ob ein Raum ausreichend belüftet werden könne oder nicht. Würde Letzteres festgestellt, müsste sofort Abhilfe geschaffen werden. Das sei im Übrigen auch ohne Pandemie geboten.

Über den Einsatzort der Lehrkräfte – in der Schule oder zu Hause – entschieden in der Tat die Schulleitungen mit ihren Dienstkräften.

Für die Nutzung von Internet über Funk müsste zusätzliches Geld in die Hand genommen werden. Außerdem bestünde aus ihrer Sicht nur die Möglichkeit eines Einsatzes von Gebäude zu Gebäude.

Anja Tempelhoff (SenBildJugFam) erläutert ergänzend, dass einerseits Mittel für die Glasfaseranbindung von 701 Schulstandorten – hierfür werde die Ausschreibung vorbereitet –, andererseits Mittel aus dem Digitalpakt, mit denen Funk zwischen zwei Gebäuden finanziert werden könne, zur Verfügung stünden. Letzteres sei durchaus möglich und gehe konform, sodass das auch gemacht werde. Ferner würden die Schulträger die vorhandenen Verträge nach Möglichkeit aufstocken. Eine Ausschreibung für eine Funkverbindung direkt zum Gebäude statt Glasfaseranbindung sei derzeit jedoch nicht in Planung.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner stellt fest, dass die Besprechung damit abgeschlossen sei.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.